

- 1. Gespräch des UFE-Präsidiums mit dem Generaldirektor für Steuern und Zollunion, Robert Verrue**

- 2. Gespräch des UFE-Präsidiums mit dem neuen Vorsitzenden der Gruppe III des Arbeits- und Sozialausschusses Staffan Nielsson**

1. Gespräch mit Generaldirektor Robert Verrue

Zu einem Meinungsaustausch über aktuelle steuer- und zollpolitische Fragen traf die UFE mit dem Generaldirektor für Steuern und Zollunion, Robert Verrue, am 7. Februar 2005 in Brüssel zusammen.

Weitere Gesprächspartner seitens der Generaldirektion waren Alexander Wiedow, der zuständige Direktor für indirekte Steuern und Steuerverwaltung sowie zurzeit für Zollpolitik, Jean-Emmanuel Dulière sowie Michel Massart. Für die UFE nahmen neben dem UFE-Präsidenten Dieter Ondracek und dem UFE-Generalsekretär Rafael Zender der Vorsitzende des Steuerausschusses Christian Steenhoudt, der Vorsitzende des Zollausschusses Jorn Rise Andersen sowie Desire Ropers teil.

Zunächst erläuterte Alexander Wiedow die Neugliederung der Generaldirektion für Steuern und Zollunion zum 1. Januar 2005 (Organigramm in der Anlage beigefügt). Sodann wurde die Strategie in steuerpolitischer Hinsicht, anschließend die Zollstrategie dargestellt. Generaldirektor Verrue erläuterte die Pläne zur Beseitigung von Steuerhindernissen, welche es derzeit Privatpersonen und Unternehmen unmöglich machen, ohne Beeinträchtigungen grenzüberschreitend tätig zu sein.

Des Weiteren wurden die Überlegungen zur Änderung von Steuersystemen, um damit die Gemeinschaftsziele wie Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen, erläutert. Speziell wurde auf die Themen der Unternehmensbesteuerung und Mehrwertsteuer sowie den unfairen Steuerwettbewerb eingegangen. UFE-Präsident Dieter Ondracek erläuterte die Beschlüsse des UFE-Komitees von Stockholm, insbesondere zum Umsatzsteuerbetrug, zum unfairen Steuerwettbewerb, zur Zinsrichtlinie und zur einheitlichen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer.



Harmonisierung der Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer

Robert Verrue erläuterte das Ziel der Kommission, entsprechend den Festlegungen von Lissabon Europa zum führenden Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dazu müsste dem Unternehmer der Standortwechsel in einen anderen Mitgliedsstaat erleichtert werden, wozu auch die einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer gehöre. Der Unternehmer, der grenzüberschreitend tätig werden wolle, dürfe sich nicht zuerst fragen müssen, wie die Regelungen im Nachbarstaat aussehen, sondern der Unternehmer müsse die in seinem Land geltenden

Bestimmungen überklappen können bzw. davon ausgehen dürfen, dass die Regelungen im Nachbarland vergleichbar sind.

Im Hinblick auf die Beschlüsse von Verona 1995/1996 erläuterte er, dass gerade die Steuerharmonisierung ein sehr langwieriger Prozess sei und man für die bisherigen Zwischenergebnisse 7 Jahre gebraucht habe. Die Kommission habe im letzten Jahr ein Papier an die Finanzminister gesandt, das den Vorschlag für eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer enthielt. Verrue erläuterte, dass 20 Finanzminister für eine Anpassung der Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer seien.

Schwieriger Weg zur Zinsrichtlinie

Michael Massart (Expert National Détaché) erläutert die Schwierigkeiten, die sich auf dem Weg zur Verabschiedung der Zinsrichtlinie ergeben hatten. Insbesondere ging er auf die schwierigen Verhandlungen mit San Marino, Liechtenstein und der Schweiz ein. Erfreulich sei, dass 21 Länder den Informationsaustausch bzw. Informationsverbund akzeptieren. Er erläutert die weiteren Bemühungen der Kommission bzw. der OECD, einen Informationsaustausch herbeizuführen. So hätten sich 35 Steueroasen gegenüber der OECD zum Informationsaustausch bereit erklärt. Auch die EU wolle mit diesen 35 Steueroasen ein ähnliches Abkommen schließen. Bedauerlich sei, dass die Zinsrichtlinie in drei Ländern nicht zum Informationsaustausch führe. Bedauerlich sei auch, dass die operationelle Seite nicht so funktioniere, wie sie sollte.

Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung

Im Hinblick auf die Frage, ob man etwas am Umsatzsteuersystem ändern wolle, erläuterte Direktor Alexander Wiedow, dass die Kommission meine, dass zunächst operative Maßnahmen ergriffen werden müssten. So sei die Kommission der Ansicht, dass die EU-Länder die ihnen vom Gesetz her gegebenen Möglichkeiten für Kontrollen noch nicht im notwendigen Umfang genutzt hätten. Es müssten zielgerichtete und risikoorientierte Kontrollen verstärkt werden. Es nutze nichts, die allgemeine Lage für Unternehmen

durch Gesetzesänderungen zu verschärfen, da dadurch allen Unternehmen das Leben schwer gemacht werde. Man müsse vielmehr großes Augenmerk auf die Risikoorientiertheit der Kontrollen richten. Die Niederlande und Großbritannien seien hier als positives Beispiel zu nennen, da sie durch organisatorische und personelle Maßnahmen Erfolge verzeichnen können.

Das Steuersystem selbst zu verbessern stehe erst an weiterer Stelle. In jedem Fall sei die Kommission darum bemüht, das Aufkommen der Umsatzsteuer zu schützen. Auch das Ziel des endgültigen Steuersystems sei nicht aus den Augen verloren. Eine Steuersatzharmonisierung werde hingegen nicht forciert, da man schon Schwierigkeiten habe, sich bei dem ermäßigten Umsatzsteuersatz zu einigen, eine Einigung beim allgemeinen Steuersatz daher als nicht realisierbar erscheine.

Hinsichtlich des von UFE-Präsidenten Dieter Ondracek zur Diskussion gestellten Mittler-Modells wurde seitens Wiedows ausgeführt, dass dieses Modell das Mehrwertsteuersystem betrugsanfälliger mache, allerdings nur für den einzelnen, nicht jedoch für organisierten Betrug. Man werde zunächst die Planspiele bezüglich des Mittler-Modells als auch der Ist-Versteuerung mit Cross-Check-Verfahren abwarten. Zudem werde dieses Thema auf die nächste Sitzung der Tax-Policy-Group gesetzt.

Auf Frage von UFE-Präsident Ondracek, wie die Kommission den Umsatzsteuerbetrug operativ bekämpfe, erläuterte Wiedow, dass Seminare angeboten und Gespräche mit den Mitgliedsstaaten geführt würden. So sei z. B. die föderale Struktur in der Bundesrepublik hinderlich für eine effektive Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung. In den Niederlanden habe die Zentralisierung der Bekämpfung positive Ergebnisse zu verzeichnen. Kontrollen müssten aber immer risikoorientiert durchgeführt werden. Durch die Seminare werde eine Plattform zur Verfügung gestellt werden, die Best Practices weiterzutragen, also von den Besten zu lernen. Zudem würde durch das persönliche Kennenlernen auch ein Austausch auf dem kleinen Dienstweg gefördert, was Ondracek als besonders effizient begrüßte. Wichtig sei aber auch, so Ondracek und Wiedow übereinstimmend, dass

nicht immer die gleichen Kollegen von den Ländern zu diesen Seminaren entsandt würden, sondern eine Durchmischung stattfinden müsse.

Der Vorsitzende des UFE-Zollausschusses, Kollege Jorn Rise Andersen, stellte die Resolution des Zollausschusses in Stockholm vor.

Zunächst hob Jorn Rise Andersen hervor, dass der Zoll die Aufgabe habe, den legalen Warenverkehr zu erleichtern. Bevor solche Leistungen jedoch angeboten werden können, müssten erst einige Voraussetzungen verbessert werden. Jeder Mitgliedsstaat der EU müsse entsprechende Mittel und die technische Ausstattung haben, insbesondere Computer, aber auch moderne Kontrollprozesse. Zudem müssten auch die gesetzlichen Regelungen und die Abläufe der Zollkontrollen bei den Ländern aneinander angeglichen werden.

Hinsichtlich des illegalen Warenverkehrs stellte Jorn Rise Andersen insbesondere das Problem der Produktpiraterie dar, die EU-weit zum Verlust von 100.000 Jobs führe. Diesbezüglich müsse auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den legalen Herstellern von Waren und dem Zoll gesucht werden. Aber auch der Drogenhandel sei ein wachsendes Problem für die öffentliche Gesundheit und die Wirtschaft. Ein zunehmendes Problem sei, dass die Drogenherstellung im Gegensatz zu früher, wo Afrika oder Asien bevorzugte Herstellungsorte waren, zunehmend in Europa angesiedelt sei. Auch sprach Jorn Rise Andersen das Problem der sogenannten „Container-Security“ bzw. der „Gas-Container“ an.

Weiteres Thema war die Notwendigkeit einer einheitlichen bzw. an einheitlichen Richtlinien ausgerichteten Ausbildung der Zollbeamten. Jorn Rise Andersen wies insbesondere auf die Schwierigkeiten der neuen Mitgliedsländer im Hinblick auf die Zollstandards hin und erläuterte, dass diesem Problem die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse.

Des Weiteren sprach er das dänische Problem des Flughafens in Kopenhagen an, nämlich dass die Sicherheitskräfte am Flughafen der Ansicht seien, dass die Zollbeamten von ihnen kontrolliert werden dürften

bzw. müssten. Dies bezeichnete Direktor Wiedow als zum einen völlig kontraproduktiv, weil sich die beiden Institutionen gegenseitig behindern würden. Zum anderen sei dies aber auch völlig indiskutabel, da der Zoll selbstverständlich dem hoheitlichen bzw. Polizeibereich zuzurechnen sei und von daher eine Kontrolle durch Sicherheitsorgane nicht akzeptabel sei.

2. Gespräch mit dem neuen Vorsitzende der Gruppe III des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Staffan Nielsson (Schweden) am 8. Februar 2005

Zu einem ersten Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der Gruppe III des Wirtschafts- und Sozialausschusses traf das UFE-Präsidium anlässlich seiner Präsidiumssitzung in Brüssel am 8. Februar 2005 zusammen. Seitens des Wirtschafts- und Sozialausschusses nahm neben Staffan Nielsson der Sekretär der Gruppe III, Marc Beffort (Luxemburg), teil. Die UFE war vertreten durch UFE-Präsident Dieter Ondracek, UFE-Generalsekretär Rafael Zender, Vizepräsidenten Jorn Rise Andersen, Nico Goor, Klaus Hilger Leprich, Christian Steenhoudt, Frank Campbell sowie Desire Ropers und Christine Bugna.



UFE-Präsident Dieter Ondracek stellte die Organisation sowie die aktuelle Arbeit der UFE vor. Staffan Nielsson erläuterte die aktuellen Vorhaben der Gruppe III und erinnert daran, dass er bereits vor einigen Jahren in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Gruppe III an einem Kongress der UFE teilgenommen hat. Er freute sich über das Engagement der UFE und die von ihr in den zivilen Dialog eingebrachten Impulse.